

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



ANTRAG

6-3961/19-KT

für die **ö f f e n t l i c h e** Sitzung

Kreistag

16.09.2019

Einreicher: Fraktion Bündnis '90/Die Grünen

Betr.: Klimanotstand Teltow-Fläming

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag Teltow-Fläming erklärt den Klimanotstand für den Kreis Teltow-Fläming und erkennt damit an, dass die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen eine Aufgabe von höchster Priorität auch für den Kreis Teltow-Fläming ist.
2. Der Landkreis Teltow-Fläming berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima und die Umwelt in all seinen Entscheidungen und Handlungen. Priorität erhalten ausnahmslos Lösungen, die sich positiv auf das Klima, die Umwelt, die natürlichen Ressourcen und den Artenschutz auswirken.
3. Das kreisliche Energiespar- und Klimaschutzprogramm wird um einen jährlichen Klimabericht erweitert, in dem die insbesondere Menge und Entwicklung der direkten und indirekten CO₂-Freisetzung dargestellt werden. Der Bericht wird jährlich erstellt und die erfassten Kennzahlen in Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und dem zuständigen Ausschuss fortlaufend ergänzt.
4. Die Verwaltung prüft, ob die Vorstellung des Klimaberichts zusätzlich in einer öffentlichen Veranstaltung stattfinden kann, zu der auch explizit Klimaschutz-Aktivist*innen und Experten*innen eingeladen werden und in der (im Unterschied zu kreislichen Gremien) eine allgemeine Diskussionsmöglichkeit besteht.

Begründung:

Die Änderungen des Klimas bekommen auch wir in Teltow-Fläming zu spüren: Trockenheit, Brände, Starkwetter-Ereignisse. Auch wenn die lokale Temperatur schwanken mag, ist sich die internationale Wissenschaft einig, dass die mittlere globale Temperatur in den letzten 150 Jahren (seit der Industriellen Revolution) durch den Eingriff des Menschen, insbesondere durch massive Abholzung, ungebremste Verbrennung fossiler Energieträger und Freisetzung von Methan aus der Landwirtschaft auf ein kritisches Maß angestiegen ist.

Eine wesentliche Rolle spielt dabei die CO₂-Konzentration in der Luft, die zwar gering ist, aber eine starke Wirkung auf den "Treibhauseffekt" hat. Im Pariser Abkommen von 2016 haben sich 196 Staaten verpflichtet, Maßnahmen zur CO₂-Reduktion zu ergreifen, die verhindern, dass die globale Mitteltemperatur um mehr als 1,5°C im Vergleich zu vorindustrieller Zeit ansteigt.

Deutschland ist hinter seinem vereinbarten Soll zurück, deshalb müssen verstärkt Maßnahmen folgen. Denn es ist klar, dass sich die CO₂-Konzentration nicht in wenigen Jahren zurückfahren lässt. Selbst bei sofortigem Stopp der CO₂-Freisetzung, wird das bereits in der Atmosphäre vorhandene Gas nur sehr langsam von der Biomasse des Planeten aufgenommen bzw. in den Ozeanen gelöst.

Der Landkreis hat bereits eine Energie- und Klimaschutzkonzeption (5-3480/18-III), doch die Bemühungen müssen insgesamt verstärkt werden. Gleichzeitig muss besser - auch in der Öffentlichkeit - dargestellt werden, was der Landkreis effektiv zum Schutz des Klimas tut. Im Klimabericht werden insbesondere die Freisetzung von CO₂ bei Gebäuden, Energieverbrauch, ÖPNV, Anschaffungen, Verbrauchsmaterial etc. (entsprechend des fortlaufend aktualisierten Maßnahmenkatalogs) aufgeführt. Darüber hinaus muss der Klimabericht sämtliche Maßnahmen des Kreises hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Klima evaluieren (Klima-Ampel).

Der vorliegende Beschluss zum Klimanotstand soll Verpflichtung für Kreistag und Verwaltung sein, das Handeln an die kritische Situation des globalen Klimas und der Diversität anzupassen, das Bewusstsein dafür zu schärfen und soll auch die Öffentlichkeit dazu aufrufen, weitere Ideen zum Schutz von Klima und Umwelt einzubringen.

Luckenwalde, 26. August 2019

gez. Dr. Gerhard Kalinka
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Bündnis '90/Die Grünen